

Neue Rubel nach Bedarf

Die Russen sind Fremde im eigenen Land geworden, ohne Devisen bleibt ihnen nur die Armut. Der Rubel verfällt, die Preise explodieren, die Produktion ruht. Boris

Jelzin und seine GUS-Kollegen hoffen auf westliche Hilfe. Doch der Rubel ist nur durch innere Reformen zu stabilisieren – und die sind politisch gefährlich.

Ein wenig ratlos steht die alte Frau hinter ihrem Stand auf dem Moskauer Markt. Viel zu bieten hat sie nicht: ein bißchen Gemüse, Kartoffeln und ein etwas zerzaustes Huhn. Für das Huhn möchte sie einen Dollar haben.

„Der ist für meine Enkeltochter“, erklärt sie mit verlegenem Gesichtsausdruck. Das Kind hat irgendwo einen japanischen Regenschirm für 1,80 Dollar gesehen, und den möchte es gern haben. So kam die alte Russin, die niemals in ihrem Leben eine amerikanische Banknote in Händen hatte, auf die Idee, ein Huhn nicht mehr wie bisher für 80 Rubel anzubieten.

Großmütter, die Lebensmittel verkaufen, Teenager, die Autos waschen, Monteure, die Fahrstühle reparieren – alle wollen mittlerweile Dollar in Moskau. Selbst Ex-Staatschef Michail Gorbatschow, der mit 3900 Rubel Ruhegeld im Monat rund das vierfache Einkommen eines Durchschnittsverdieners hat, klagte vor kurzem, er könne damit seine Familie nicht mehr ernähren. „Es wird Zeit“, sagte Gorbatschow, „daß ich ein paar Dollar verdiene“ – und startete zu einer PR-Tour durch Deutschland.

Seit Boris Jelzin zu Jahresbeginn die Preise freigegeben hat, verliert der Rubel in Rußland und in den anderen Republiken der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) in atemberaubendem Tempo an Wert. Waren des täglichen Gebrauchs kosten heute das Fünffache, die monatliche Inflationsrate erreicht immer noch fast 40 Prozent.

„Früher gingen wir mit einer 10-Rubel-Note ein-

kaufen“, sagt ein Arbeiter, „jetzt brauchen wir einen ganzen Koffer voll.“

Für einen Dollar, bis zum Jahresanfang nach amtlich fixiertem Marktzusatzkurs 1,8 Rubel wert, gibt es inzwischen bis zu 200 Rubel – niemand weiß das ganz genau, weil auf den wöchentlichen offiziellen Auktionen nur geringe Summen getauscht werden.

Ein Kaffee, in einem Moskauer Devisenhotel für zwei Dollar angeboten, kostet umgerechnet mehr, als viele Menschen monatlich verdienen. Ein Haus außerhalb Moskaus gibt es für 10 000 Rubel. Das sind beim gegenwärtigen Umtauschkurs rund 150 Mark.

Viele nennen das inzwischen „Dollar-Apartheid“. Ein Moskauer klagt bitter,

wenn er das Schild „Verkauf nur gegen Devisen“ sehe, dann lese er immer: „Hunde und Russen nicht erlaubt“.

Boris Jelzins radikale Preisreform, der sich andere GUS-Republiken anschlossen, droht zu scheitern, bevor sie überhaupt Wirkung zeigen konnte. Sie hatte ja nur einen Sinn: die Produktion zu stimulieren, um die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern.

Durch die wahnwitzige Hyperinflation aber sind die Preise wieder total verzerrt, diesmal nicht administrativ, sondern spekulativ. „Eine stabile Währung ist nicht alles“, sagt Ernst-Moritz Lipp, Chefvolkswirt der Dresdner Bank, „aber ohne eine stabile Währung ist alles nichts.“

Doch der Rubel ist weich, weicher geht es kaum. Was kann Zar Boris tun?

Vorschläge gibt es genug. Die einen empfehlen eine Währungsreform nach deutschem Vorbild, viele erhoffen sich Hilfe von einem Stabilisierungsfonds bis zu sechs Milliarden Dollar, den die Amerikaner schon bald installieren wollen.

Sicher ist noch nicht mal, ob der Name Rubel bleibt, er scheint manchem diskreditiert. In der Ukraine wird bereits über das neue Geld diskutiert, das Hrywnia heißen soll. Angeblich hat das Land auch schon einen Vertrag mit einer kanadischen Firma geschlossen, die bis zur Jahresmitte die neuen Noten drucken soll.

„Das Auseinanderfallen der Währungen ist ein unausweichlicher Prozeß“, meint Axel Lebahn, langjähriger UdSSR-Experte der Deutschen Bank und heute Chef des Zentrums für Deutsch-Russische Kooperation in Düsseldorf. „Je eher man zu ge-



Privater Handel in Moskau*: Alle wollen Dollar

* Vor dem Denkmal des Schriftstellers Alexander Ostrowski.

trennten Währungen kommt, desto besser.“

Eigenes Geld ist noch immer ein erst-rangiges Symbol staatlicher Souveränität. Das wissen gerade die Deutschen, die auf ihre harte Mark so stolz sind. Die jungen Republiken werden es sich kaum nehmen lassen, ihre gerade errungene Freiheit aus dem sowjetisch-kommunistischen Joch mit eigenen Münzen und Banknoten zu krönen.

Die baltischen Staaten haben das längst beschlossen, die GUS-Länder werden folgen. Sie haben sich allerdings verpflichtet, den Rubel zunächst als Verrechnungseinheit für ihren Handel beizubehalten.

Es gibt neben dem politisch-psychologischen auch ein ökonomisches Motiv für eine eigene Währung: Die staatliche Einheit ist zerfallen – und mit ihr die Basis für eine gemeinsame Währung.

In der Gemeinschaft unabhängiger Staaten kommt noch ein zusätzli-

in Rußland längst die Inflation besorgt“, sagt Gleske.

Doch um harte Entscheidungen werden Jelzin und seine GUS-Kollegen nicht herumkommen, wollen sie den Geldwert stabilisieren und ihre Preisreform retten. Sie müssen, so das einfache Credo der Ökonomen, ihre Notenpresse stoppen. Das ist das Grundübel der Rubel-Wirtschaft: Die Scheine werden ohne Rücksicht auf die ökonomischen Daten produziert.

Nach altem kommunistischen Brauch wird soviel Geld gedruckt, wie Staat und Unternehmen brauchen. Und das war in den vergangenen Monaten immer mehr. Allein 1991 kam fast fünfmal soviel neu-

mier und Finanzminister Jegor Gaidar flugs als Anzeichen der Normalisierung interpretierte, ist nichts weiter als das eindeutige Symptom für eine Hyperinflation: Der Schwund des Geldwertes ist größer als die Leistung der Druckmaschinen.

Der Verkauf von Waren bringt da nur wertloses Papier ein, deshalb sank die Produktion dramatisch. Der Handel wird ersetzt durch eine Schattenwirtschaft, in der nur Naturalien und Devisen zählen. Und weil die Anlage auf Sparkonten sowieso sinnlos ist, findet auch keine Kapitalbildung statt, die nötig wäre zur Finanzierung der dringend erforderlichen Investitionen.

Wer überhaupt noch Geld auf ein Konto legen kann oder will, tut dies bei einer der neuen Banken. Die gibt es inzwischen überall. Im vergangenen Jahr seien mindestens 4000 neue Geldhäuser in den GUS-Republiken gegründet worden, erzählt Lebahn-Mitarbeiter Andrey



Tauschobjekte Ferkel, Zigaretten, Hausrat: Die Schattenwirtschaft blüht im ganzen Land

ches Problem hinzu. „Es gibt Indizien dafür“, hat der Banker Lipp festgestellt, „daß Jelzin nicht mehr alle Druckmaschinen kontrolliert.“

Immer wieder taucht in Rußland das Gerücht auf, ein harter Schnitt stehe kurz bevor. Das staatliche russische Fernsehen sendete vor kurzem einen Beitrag über die deutsche Währungsreform 1948. Die Aufregung in der Bevölkerung, an verschlüsselte staatliche Botschaften gewöhnt, war groß.

Die Situation in Rußland läßt sich mit der Nachkriegszeit in Deutschland allerdings nicht vergleichen. Das meint auch Leonhard Gleske, pensioniertes Direktionsmitglied der Bundesbank, der heute als Berater im Dienste des IWF in Polen agiert.

„Die Währungsreform mußte damals einen Geldüberhang beseitigen, weil Preise und Löhne fixiert waren. Das hat

es Geld in den Kreislauf wie im Jahr zuvor.“

Ganz genau weiß das niemand. Alle Zahlen vermitteln ein ökonomisches Durcheinander des zerfallenen Riesenreichs ohnehin nur eine trügerische Exaktheit. Lebahn fragte einmal den russischen Finanzminister, wer den Rubel-Umlauf bestimme. Doch der, erinnert sich der Ost-Experte, wußte es auch nicht.

Wenn ein Loch im Staatshaushalt klafft, muß die Notenpresse rotieren. Wenn Jelzin und die anderen Präsidenten den Mindestlohn zum Ausgleich für die exorbitanten Preissteigerungen anheben, Anfang April soll der in Rußland auf 750 Rubel verdoppelt werden, geht das nur mit neuen Noten. Doch die haben keinen ökonomischen Gegenwert.

Das paradoxe Ergebnis: Der Rubel ist knapp. Doch was Rußlands Vizepre-

Dawidow. Doch was aussieht wie eine Gründerwelle, ist nichts weiter als Ausdruck des weitverbreiteten Mißtrauens gegenüber den staatlichen Instituten.

„Jeder Betrieb mit einer größeren Geldsumme macht eine eigene Bank auf, damit es sicher ist“, sagt Dawidow. Und Firmen aus der Ex-UdSSR haben inzwischen fast alle Konten bei kapitalistischen Banken. Dort horten sie mindestens einen Teil der verdienten Devisen – zum Ärger von Gaidar, der nun spezielle Fahnder danach suchen läßt.

Jelzins Mannschaft hofft auf die Hilfe des Milliardenfonds. Der soll den Russen genügend Devisen verschaffen, um die Nachfrage zu befriedigen und so den Rubel zu stabilisieren.

„Völliger Quatsch“, kommentiert Volkswirt Lipp die Idee. In einem sind sich die westlichen Ökonomen einig: Von außen ist die russische Währung



niemals zu stabilisieren. Wenn riesige Mengen an Rubel im Umlauf sind, die Notenpressen auf Hochtouren laufen und jeder einheimische Währung gegen Devisen tauschen will, sind auch Milliarden Dollar nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Bundesbank-Rentner Gleske, mit den polnischen Verhältnissen bestens vertraut, sieht das genauso. Die Polen hätten zwar auch einen Stabilisierungsfonds der Industrieländer über eine Milliarde Dollar bekommen, „aber der hat seinen Sinn erfüllt, weil bisher nicht ein Dollar davon gebraucht wurde“. Allein mit einer harten inneren Sanierung hätte Polen den Zloty hart gemacht.

Theoretisch ist klar, was Boris Jelzin und seine GUS-Kollegen zu tun haben: Die öffentlichen Defizite dürfen nicht mehr mit der Notenpresse finanziert werden. Der Staat muß ein effizientes Steuersystem einführen und die Ausgaben drastisch kürzen. Allein eine unabhängige Notenbank darf die Hoheit über den Geldumlauf haben.

Um die Produktion anzukurbeln, müßte außerdem ein breites Privatisierungsprogramm verwirklicht werden, vor allem im Handel und in der Landwirtschaft. Das alles sollte natürlich gleichzeitig geschehen – und das in Ländern ohne unternehmerische Tradition und marktwirtschaftliche Erfahrungen.

Nicht nur deshalb stehen die Chancen für einen solchen Kurs nach dem kapitalistischen Lehrbuch schlecht. Die Stabilisierung des Rubel, so Lipp, „ist nur möglich um den Preis von Entlassungen und radikalen Ausgabenkürzungen“.

Doch die Umsetzung solcher Ratschläge der Ökonomen wäre für Jelzin politisch tödlich. Weitere Millionen von Arbeitslosen und eine noch drastischere Verarmung der Bevölkerung könnte er kaum durchstehen. Schon jetzt wächst

der Druck von oppositionellen Politikern und Straßendemonstranten.

Der politisch realistischere Weg scheint der zu sein, den Ökonomen „muddling through“ nennen. „Ich sehe die Chance, daß sie sich irgendwie durchwursteln“, glaubt Lebahn.

Westliche Beobachter, an vergleichsweise strikte Rationalität von Menschen und Systemen gewöhnt, haben für diesen Weg wohl nur den Begriff Chaos parat. Und das, meint Lebahn, kann Jahrzehnte dauern.

Wann es vorbei ist, läßt sich, so ein erfahrener Moskau-Besucher, leicht erkennen: wenn einem russischen Taxifahrer Rubel angeboten werden und er den Auftrag annimmt mit den Worten „ja, gern“.

Unternehmen

Für dumm verkauft

Der Rettungsplan für eine Potsdamer Maschinenbaufirma scheiterte letztlich an der Treuhand – die sucht nun neue Interessenten.

Ein Riesenfest sollte es werden in der Montagehalle der Maschinenbau Babelsberg GmbH. Ordentlich hatten die Arbeiter die abmontierten Dekkenkrane beiseite geräumt, den Boden saubergefegt. Es fehlten nur noch die Unterschrift der Berliner Treuhandanstalt unter den Kaufvertrag für die Firma und ein paar Hektoliter Bier.

Aus der Fete wurde nichts. Nach zehn Monaten intensiver Verhandlungen mit dem Interessenten kippte der Treuhandvorstand Ende Februar ein Sanierungsmodell, das sichere Arbeitsplätze und ei-

nen neuen Anfang versprach. Statt Feierlaune ist wieder Tristesse in die Hallen der Maschinenfabrik in Potsdam-Babelsberg eingekehrt.

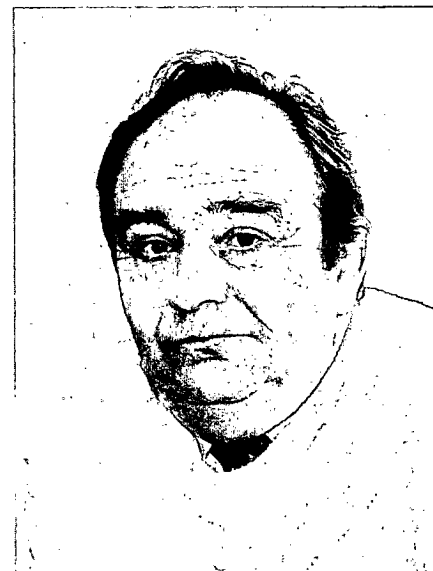
Die Düsseldorf-Gewerbe im Park Verwaltungs-GmbH (GiP), eine Tochter der westdeutschen Baufirmen Philipp Holzmann und Kirschner, möchte eine Hälfte des Werksgeländes kaufen und einen Gewerbepark errichten. Die GiP wollte 350 Millionen Mark investieren.

Für die Belegschaft schien das Konzept ideal. Die Firmenlei-

tung hatte von 1600 Beschäftigten bereits 1000 entlassen. Die sollten umgeschult und im geplanten Gewerbepark weiterbeschäftigt werden.

Rund 2500 Arbeitsplätze wollte die GiP schaffen, pünktlich zur Eröffnung des Gewerbeparks sollten die gekündigten Maschinenbauer fertig mit der Qualifizierung sein. Das Programm der eigens gegründeten Aus- und Weiterbildungsgesellschaft war auf die Firmen abgestimmt, die sich dort ansiedeln sollten: 35 Prozent Gewerbe, 15 Prozent Handwerk, der Rest Dienstleistungen.

Das Land, die Stadt, die IG Metall, die Geschäftsleitung der Maschinenbaufirma waren ebenfalls zufrieden. Ein besseres Modell für den Industriestandort Babelsberg und die Region, die auf eine Arbeitslosenquote von 20 Prozent zusteuert, war nicht in Sicht. Doch die Treuhandanstalt, offenbar irritiert



Betriebsrat Fromm
„Das war keine Zukunftsmusik“